



Herrn
Michael Müller
Regierender Bürgermeister von Berlin
Berliner Rathaus
Jüdenstr. 1
10178 Berlin

Märkische Heide, 09.05.2016

Reform des Erneuerbaren Energie Gesetzes

Sehr geehrter Herr Müller,

wie wir der Presse entnehmen konnten, ist für den 12.05.2016 ein Bund-Länder-Gespräch zur Reform des EEG geplant.

Ein wichtiges Thema werden die Ausbauziele für die Windkraft an Land sein, die seit über einem Jahr den von der Bundesregierung festgelegten Ausbaukorridor gravierend überschreiten.

Wie die Berliner Morgenpost vom 08.05.2016, S. 7, meldete, plant Ihr Berliner Stadtwerk eine Erweiterung seines Kundenkreises auf 10.000 Haushalte. Dafür ist die Errichtung von weiteren 60 Wind- und Solaranlagen auf den Berliner Stadtgütern vorgesehen. Im Artikel wird dazu ein Lockangebot für „ökologischen Strom“ mit einem besonders günstigen Preis (unter dem der Mitanbieter) beschrieben.

Dieses Angebot ist nicht seriös aus verschiedenen Gründen:

1. eine direkte Stromleitung von der Erzeugung am Windrad zum Verbraucher gibt es nicht und wird es vermutlich nicht geben, weil dann die Versorgung nur windabhängig erfolgen könnte. Jeder Berliner Haushalt bekäme deshalb weiterhin den üblichen Strommix aus Kohlekraftwerken, Erdgaswerken, Atomkraftwerken und ein wenig von Erneuerbaren.
2. es wird ein Strompreis von 24,6 cent/kWh angeboten, was erkennen lässt, dass man davon ausgeht, dass die Brandenburger Bürger weiterhin die Netzentgelte für die Anbindung neuer Windkraft- und Solaranlagen auf den Stadtgütern außerhalb der Stadt allein tragen sollen. Der Brandenburger zahlt deshalb heute schon ca. 30 cent/kWh – mit am meisten auf der Welt.

Spendenkonto:

Spreewaldbank eG
Lübben
IBAN:

DE 9318 0926 8400 0201 8101

3. die Berliner Stadtgüter liegen vorrangig auf Brandenburger Gebiet und grenzen an Dörfer oder liegen in Wäldern. Ihre Entwertung durch Windparks ist mit einer deutlichen Verschlechterung der Lebensqualität der Bürger vor Ort verbunden – so bereits geschehen in Ragow, Sputendorf, Wustermark. Die aktuelle Planung in Berliner Wäldern, wie dem Liepnitzwald, beweist, dass es nicht um ökologischen Strom geht, sondern um Profit, wenn man ökologische Kohlenstoffsinken zerstört, um einen unbedeutenden Anteil am Strommix zu erhalten.

Sehr geehrter Herr Müller, im Hinblick auf die Gespräche am 12.05.2016 möchten wir Sie die vordringlichsten Erwartungen der Brandenburger Bürger wissen lassen, die auch den Interessen der meisten Berliner entsprechen:

– **den Bestrebungen der Windkraftindustrie nach Besitzstandswahrung ist nicht nachzugeben, sondern der ökonomischen und ökologischen Vernunft zu folgen.** Die unabhängige Wissenschaft (z.B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, die Monopolkommission, die wissenschaftlichen Beiräte von Finanz- und Wirtschaftsministerium, die Expertenkommission Forschung und Innovation des Bundestages u.a.) weist seit Jahren darauf hin, dass die auf 20 Jahre gewährten Preis- und Absatzgarantien für sogenannten „Ökostrom“ sowohl ökonomische, ökologische und soziale Verwerfungen als auch technische Probleme hervorgerufen haben.

– **Den ausufernden Ausbau der Windkraft sofort zu stoppen,** da die Kosten für dessen Förderung die Stromverbraucher als reine Zusatzkosten belasten und für unsere Industrie die internationalen Wettbewerbsbedingungen zu ihren Ungunsten verzerren.

– **Die Solidarisierung der Netzentgelte zu fordern,** da diese infolge von 3.700 installierten Windkraftanlagen den Strompreis in Brandenburg zum höchsten in Europa ansteigen ließen. Neue Anlagengenehmigungen würden eine ungerechtfertigte weitere Reduzierung der Kaufkraft der Brandenburger bewirken - wie der Brandenburger Ministerpräsident bereits im Juli 2014 geschrieben hat:

"Tatsächlich ist mit dem bisherigen EEG auch eine beispiellose soziale Umverteilung von unten nach oben verbunden. Oder glaubt jemand, es wären vor allem Arbeiter und kleine Angestellte, Rentner und Hartz-IV-Empfänger, die einträglich in Solarkraftwerke und große Windparks investieren? Die unbequeme Wahrheit lautet: Alle diese Menschen finanzieren über ihre Stromrechnung die Gewinne von Leuten mit, die sich Solardächer leisten können." (perspektive 21; Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik, H. 60, Juli 2014, S. 43)

- **Keinen Zubau an Windkraft- und Solarkapazitäten zuzulassen,** um ein Ansteigen der Entsorgungsgebühr für Überschussstrom zu vermeiden. Dessen Verklappung 2015 (4.700 Gwh) ins Ausland die Stromkunden 45 Mio € kostete und die Abregelung von Strom, der hätte produziert


werden können, bezahlten die Stromkunden mit 200 Mio € im letzten Jahr. Mit ca. 1 Mrd. € bezahlten die Stromkunden die Netzentgeltbetreiber für den Schutz des Stromnetzes vor dem Blackout. Am heutigen Tag, 08.05.2016, weist die Leipziger Strombörse ein **Minus von 21,3 Mio €** aus! Die Gesamtkosten des EEG-Systems werden für 2016 auf 31 Mrd.€ geschätzt – aus den Taschen der Bürger für Strom, der an der Börse keine 2 Mrd. € wert ist. Durch Ausbau in der Fläche ist keine Glättung des volatilen Stroms zu erreichen.

– **Mit sofortiger Anpassung der Waldgesetze, keine Windkraft in Wäldern zuzulassen**, da mit Weiternutzung der Braunkohle zur Grundlastsicherung keine Reduzierung der CO₂- Emissionen erreicht wird (Antwort der BRB-Landesregierung auf Anfrage Nr. 1071, Drucksache 6/2730). Die Zerstörung der einzigen natürlichen Kohlenstoffsенke würde somit den Klimaschutz sabotieren. Der desaströsen Zerstörung der Umwelt durch Windkraftanlagen ist **unverzüglich** Einhalt zu gebieten.

– **Im Interesse der Gesunderhaltung der Bürger und zum Schutz deren Lebensqualität** müssen die Abstände von Windkraftanlagen zu Wohnsiedlungen mindestens das 10 -fache von ihrer Höhe betragen.

Sehr geehrter Herr Müller, gegen den ungehemmten Ausbau der Windindustrie haben sich allein im Land Brandenburg aktuell 98 Bürgerinitiativen formiert, die die laut Grundgesetz verbrieften Rechte der Bürger einfordern und nicht gewillt sind, zu deren Lasten und zu Lasten der Natur die derzeitige Abschöpfungs-ideologie der Bundesländer und die Bereicherung der Windkraftbranche ohne das Äquivalent einer versorgungssicheren und bezahlbaren Stromversorgung weiter mitzutragen. Die Energiewende bedingten Verwerfungen in den sozialen Strukturen belasten nicht zuletzt unsere Demokratie.

Wir haben die Erwartung, dass Sie als Bürgermeister und Sozialdemokrat diese vorgenannten berechtigten Forderungen der Bürger am 12.05.2016 vertreten werden.



Hochachtungsvoll



1. Sprecher der Volksinitiative
„Rettet Brandenburg“

Waltraud Plarre
2. Sprecherin der Volksinitiative
„Rettet Brandenburg“

Anlagen: - Stellungnahme der Bundesinitiative Vernunftkraft